

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker
und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müdersdorferstraße 60

Abonnements- und Anzeigen zc. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluß der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne
Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 24.

Berlin, den 13. Juni 1909.

10. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Die Reform der Krankenversicherung. — **Luzus und Sparsamkeit.** — **Michael Kalz †.** — **Mundschau:** Ueber die Fortführung der Sozialpolitik. Fräulein de la Croix †. Girsch-Dürerische Agitationsarbeit im Saarrevier. Die düpierten Gelben. Prügelnabm der sozialdemokratischen Partei Ueber den Bau- und Grundstücksmarkt Berlins. — **Wirtschaftliche Bewegung.** — **Verbandsnachrichten:** Bezirk Breslau. Bochum. — **Aus ausländischen christlichen Gewerkschaften.** — **Volks-wirtschaftliches und Soziales.** — **Von den Arbeitsstellen.** — **Literarisches.** — **Bekanntmachungen.** — **Siebetafel.** — **Anzeigen.**

Die Reform der Krankenversicherung.

Die innere Organisation der Krankenkassen.

Nach dem bisherigen Recht setzten sich die Verwaltungsorgane und Beschlussorgane der Krankenkassen aus der Generalversammlung und dem Vorstande zusammen. Die Generalversammlung besteht entweder aus sämtlichen volljährigen Mitgliedern der Kasse oder aus von diesen gewählten Vertretern, bei 500 und mehr Kassenmitgliedern nur aus gewählten Vertretern. Die Generalversammlung wählt dann den Vorstand, und zwar Arbeitgeber und Arbeitnehmer je getrennt ihren Anteil der Vertreter in beiden Körperschaften. Die Arbeitgeber verfügen in der Generalversammlung und im Vorstand über ein Drittel, die Versicherten über zwei Drittel der Stimmen bzw. Vertreter. Demgemäß zählen auch die Versicherten zwei Drittel, die Arbeitgeber ein Drittel der Beiträge. Die Versicherten haben also die Mehrheit. In bestimmten Kassenangelegenheiten ist aber Vorjorge getroffen, daß die Arbeitgeber von den Versicherten nicht majorisiert werden können. Und wie regelt die Versicherungsordnung die innere Organisation der Krankenkassen?

An Stelle der Generalversammlung soll ein von den Beteiligten gewählter Kassenausschuß von höchstens je 50 Mitgliedern treten. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden. Dieser Ausschuß und der Vorstand der Krankenkasse haben deren Angelegenheiten wahrzunehmen. Bei der Landkrankenkasse kann die Satzung von der Bildung eines Ausschusses absehen, auch die Wahrnehmung der Geschäfte des Vorstandes dem Kassenvorstand allein übertragen. Wird kein Ausschuß gebildet, dann müssen dem Vorstande der Landkrankenkasse, dessen Vorsitzender und auch die anderen Mitglieder des Vorstandes durch den zuständigen Kommunal- oder Zweckverband bestellt werden, Vertreter der beteiligten Arbeitgeber und Versicherten in gleicher Zahl angehören. Im übrigen werden nach der Vorlage Vorstand und Ausschuß aus Arbeitgeber und Versicherten zu gleichen Teilen zusammengesetzt. Die Zweidrittelmehrheit der Versicherten wird somit befeitigt. Desgleichen in der Betriebskrankenkasse, in welcher der Betriebsunternehmer oder seine Vertreter die Hälfte der Stimmen in Vorstand und Ausschuß repräsentieren sollen. Der Betriebsunternehmer soll ferner den Vorsitz in beiden Körperschaften führen. Bei den Innungskassen bestellt die Innung den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Bei den Ortskrankenkassen wählt der Vorstand aus seiner Mitte den Vorsitzenden. Gewählt ist derjenige, auf welchen die Mehrheit der Stimmen sowohl der Arbeitgeber wie auch der Versicherten im Vorstande fällt. Kommt die Wahl mit dieser Mehrheit nicht zustande, so ist zur Vornahme der Wahl eine zweite Sitzung des Vorstandes auf einen anderen Tag anzuberaumen. Kommt auch dann keine Wahl zustande, so bestellt das Versicherungsamt einen Vertreter. Auch kann es statt dessen ein Mitglied des Kassenvorstandes mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Vorsitzenden beauftragen, immer aber nur für die Zeit der Vakanz des Vorsitzendenpostens; wird letzterer später gewählt, fällt das Mandat des Stellvertreters. Man braucht nur die Bestimmungen über die Wahl des Vorsitzenden in den Ortskrankenkassen auf sich wirken zu lassen, um die ganze Absurdität der Neuordnung zu erkennen. Denn daß sehr oft keine Mehrheit der Arbeitgeber und der Versicherten sich auf einen Vorsitzenden vereinigen werden, ist anzunehmen. Dann aber kommt der von dem Versicherungsamt bestellte Vorsitzende. Glaubt denn nun ein Mensch, die Vorstandsmitglieder der Kasse würden, wenn sie sich auf eine bestimmte Person als Vorsitzender nicht einigen konnten, zu dem bestellten Vorsitzenden Vertrauen haben? Wie soll dann aber ein gewöhnliches Arbeiten im Interesse der Kassenmitglieder erzielt werden? — Die Halbierung der Beiträge und des Stimmrechts ist lediglich dem Geschrei der Scharfmacher zu verdanken, welche damit die Vorherrschaft der Sozial-

demokraten in den Kassen brechen wollen. Daß Mißbräuche durch die sozialdemokratische Mehrheit vor- gekommen sind, ist ja nicht zu bestreiten. Wenn sie aber in großer Zahl zu verzeichnen wären, dann hätte die Regierung das in der Denkschrift zur Reichsversicherungsordnung sicherlich vorgezeichnet. Das aber ist nicht geschehen. Wir sind sicherlich auch Gegner des Mißbrauchs von sozialen Einrichtungen zu parteipolitischen Zwecken nach jeder Hinsicht, und haben oft kritisiert, wenn man sozialdemokratischerseits sich solche Mißbräuche erlaubte. Demen kann aber auf anderem Wege vorgebaut werden, als durch eine Verringerung der Rechte der Versicherten. Die Versicherungsordnung gibt dabei selbst die Wege dazu an. Der eine ist die vorgezeichnete Verhältniswahl. Bei Orts-, Betriebs- und Innungskassen sollen nämlich Ausschuß und Vorstand nach dem Verhältniswahl- system gewählt werden. Versicherte und Arbeitgeber wählen die Vertreter getrennt aus ihrer Mitte, und zwar wählt der Ausschuß den Vorstand in derselben Weise. Unter diesen Umständen haben ja die nichtsozialdemokratischen Minderheiten in der Arbeiterschaft die Gelegenheit, sich ebenfalls eine Vertretung im Ausschuß und Vorstand der Kassen zu verschaffen; dann müssen sie die Augen aufmachen und jeglichen Mißbrauch der Kasseneinrichtungen (Anstellung der Beamten usw.) zu politischen Zwecken entgegenzutreten, eventuell durch öffentliche Brandmarkung. Und sollte man die Verhältniswahl nicht für genügenden Schutz vor sozialdemokratischem Mißbrauch der Kassen erachten, dann gibt es noch einen anderen Weg, der ja in der Versicherungsordnung selbst schon vorgezeichnet ist, den man weiter gehen kann. Diesen Weg zu zeigen, haben wir vorläufig noch keine Veranlassung.

~~~~~  
Läß dich von Zorn und Leidenschaft nicht knechten!  
Sie mit Gewalt aus deinem Herzen fegen,  
An ihrer Stelle edle Sanftmut pflegen,  
Heißt leben, heißt den schönsten Sieg erfechten.  
Leop. Böhmert.

~~~~~

Luzus und Sparsamkeit.

Ein tiefes Problem, von dem Volkswohlstand und soziale Gerechtigkeit in starkem Maße abhängig ist. Jedenfalls in Erkenntnis dieser Tatsache, hat der diesjährige evangelisch-soziale Kongreß dieses Thema auf seine Tagesordnung gesetzt und es einem Manne übertragen, dessen bekannte Maßnahmen an das soziale Gewissen der oberen Stände Deutschlands ihn am geeignetsten dafür erscheinen ließen: dem Staatsminister a. D. Grafen v. Kosobowsky.

Mit einem grundsätzlichen Bekenntnis zur Weiterführung der gescheiterten Sozialreform, auf das wir an anderer Stelle (Mundschau) hinweisen, leitete er seine Ausführungen ein. Luzus und Sparsamkeit seien die beiden Pole des wirtschaftlichen Lebens, der eine die Erzeugung und Aufspeicherung von Werten, der andere der unbeschränkte oder wirtschaftlich und sozial verwerfliche Verbrauch. Der Luzus sei in letzter Zeit in allen Parlamenten und von allen Regierungen Deutschlands scharf getadelte und Sparsamkeit empfohlen worden. Diese gemeinsame Beunruhigung über den Luzus hat einen gemeinsamen Grund in den ungeheuren Fortschritten der Technik. Es wird eine Masse Güter produziert, ohne daß die vorhandenen Verhältnisse genügen, sie zu kaufen. Der Reichtum der Völker ist ihrer Kaufkraft weit vorausgeeilt. Das Vorhandensein von „Luzus“ lasse sich nur bestimmen im Rahmen der ganzen Lebenshaltung des Volkes. Fortwährend sei das Volksleben in einer Umwandlung begriffen, und die Grenzlinie zwischen dem unerschöpflichen und dem unbedingt abschöpflichen Luzus nicht genau zu fixieren. Deshalb sei der Luzus an sich weder volkswirtschaftlich noch ethisch verwerflich. — Im gewöhnlichen Leben nennt man häufig die Ausgaben der anderen Luzus, die man sich selbst nicht leisten kann oder leisten will. (Heiterkeit.) Sparsamkeit sei indes mit Luzus wohl vereinbar. Für die zutreffende Beurteilung des Luzus dürfe man überhaupt nicht ausgehen von der Erzeugung der Güter, die immer Menschenhände beschäftigt, sondern nur von ihrem Verbrauch. Viele Leute gönnen noch heute dem Arbeiter nicht den Luzus anständiger Kleidung. Wenn aber der Aufwand für die Kleidung nicht in auffälligem Mißverhältnis zu dem Aufwand für die Nahrung steht, können wir uns nur dieses ungeheuren Fortschrittes freuen. Der Luzus, der nur geübt wird, um vor anderen hervorzustehen, die persönliche Eitelkeit zu befriedigen und der zu körperlicher und seelischer Entartung führt, das ist der falsche Luzus, den schon Apollon Paulus in den Römerbriefen geißelt. Wie selten geht das Vermögen des reichen

Vaters in die dritte oder vierte Hand über. Väter, die sich aus eigener Kraft ihre Stellung geschaffen haben, haben gar zu oft vererbte Söhne, und der Volkswirt muß es dann freudig begrüßen, wenn sie es verstanden haben, in bessere Hände überzugehen. Ein schädlicher Luzus in dem zugleich ein Mangel an sittlicher Kraft steckt, ist auch darin zu erblicken, wenn jemand mehr ausgibt, als er verdient. Dieser verwerfliche Scheinluzus hat sich in Deutschland in weitesten Kreisen in den sogenannten Gesellschaften eingebürgert, wo reichliche materielle Genüsse den Mangel an geistigem Inhalt ersetzen müssen. (Sehr wahr!) Diese gesellschaftliche Repräsentation mit ihrem theatralischen Aufwand geborgter Requiriten ist für weite Kreise zur fixen Idee geworden. Die große Repräsentation bringt auch die Gefahr der plutokratischen Auswahl für die Klemmer immer näher. Nicht die Befähigsten und Arbeitsfreudigsten, sondern die finanziell am besten repräsentierten, könnten in Zukunft gewählt werden. Allerdings darf man das Verweichlichte und Entnerbende des Luzus in seinen Wirkungen auch nicht übertreiben, weil nicht viele Leute Luzus treiben können. In Preußen haben nur knapp 4 Prozent Steuerpflichtige ein Vermögen, und die Zahl derer, die ein Einkommen von über 3000 M. haben, bleibt weit unter einer halben Million. Am unerfreulichsten ist in weiten Kreisen der Trinkluzus mit seinen vielfachen Unsitte. Eine Steuer auf alkoholfreie Getränke wäre deshalb ethisch und volkswirtschaftlich ein schwerer Mißgriff. (Lebh. Zustimmung.)

Sparsamkeit im rechten Sinne bedeutet nur die vernünftige sittlich berechnete Verwendung seines Einkommens. Sparsamkeit im guten Sinne ist ein Zeichen innerer Selbstsucht. Bedeutende Männer sind stets sparsam, weil sie nicht ihr Leben in dem Kleingeld eines schädlichen Luzus verabsagen, sondern sich ernsten Aufgaben widmen. Sparsamkeit ist auch die Grundlage des wahren Familienstoffs. Familien, die ohne rechtlich zwingende Form ihr Vermögen dem Staat und den kommenden Geschlechtern erhalten, bringen immer eine lange Reihe tüchtiger Männer hervor. Der unangenehmste Typus ist der geizige Verschwendter, der zu seinem Wohlbehagen Luzus treibt, der Allgemeinheit gegenüber der Mann mit den ewig zugeknöpften Taschen ist. Wie der einzelne sparsam sein, so können auch die Völker sparsam sein. Die Franzosen sind im Durchschnitt wesentlich sparsamer als die Deutschen, sie zeigen aber dafür einen gewissen Mangel an Unternehmungsgeist. Der deutsche Unternehmungsgeist, der entstanden ist unter dem Zwange, für die rasch wachsende Bevölkerung zu sorgen, ist die Grundlage unserer Fortschritte. Frankreichs Sparsamkeit hat ihm in so großem Maße die Widerstandsfähigkeit gegeben, mit der es große politische Umwälzungen überstanden hat. Wie der einzelne Luzus treiben oder sparsam sein kann, so auch der Staat. Ludwig XVI. hat gesagt: daß ein König Almosen gibt, der großen Aufwand treibt. Und doch hätte er besser getan, die Verkehrswege auszubauen, als das prunkvolle Versailles herzurichten.

Wir in Deutschland haben in den letzten Jahrzehnten den kommenden Geschlechtern eine ungeheure Schuldenlast auferlegt. Auch wenn die Finanzreform jetzt durchgeführt würde, wäre für die Schuldentilgung noch so gut wie nichts getan. Unsere Verteidigungsmittel zu Wasser und zu Lande können nie in einen Beharrungszustand kommen, sondern müssen stets die technischen Fortschritte mitmachen. Die endliche Lösung dieses Zwiespalts zwischen Einnahmen und Ausgaben ist nicht abzusehen. Wenn jetzt die Regierung Sparsamkeit predigt, so heißt das, sie braucht neue Steuern. Unbegrenzt kann auch der Staat keine Schulden machen. Endlich muß auch in Deutschland einmal der Schuldentitel geschloffen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Eine Aristokratie, die berufen wäre, das Volk zu führen, müßte dies beweisen in höherem Pflichtgefühl und außerordentlicher Opferwilligkeit. Auch die Gemeinden treiben ebenso falsche Luzuspolitik auf Kosten der Zukunft, wie der Staat. Für unser gesamtes öffentliches Leben möchte ich schließen mit der Empfehlung der moralischen Sparsamkeit, einer Empfehlung, die ein französischer Redner kürzlich so ausdrückte: „Weniger Rauch, mehr Feuer, weniger Lärm, mehr Handlung!“ (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Das sind soziale Lehren, an denen man nicht unbesehen vorübergehen darf. Insbesondere die oberen Lehntausend mit ihrer Abschließungspolitik, die damit den unteren Ständen gleichsam ein Brandmal der Minderwertigkeit aufdrückt. Licht und Schatten müssen in gerechter Weise verteilt werden, getragen von einer starken Selbstsucht, die die sittliche Gesundheit unseres Volkes garantiert.

Michael Kalz †.

Einer unserer eifrigsten Kollegen, welcher seit Gründung unseres Verbandes im Nachener Bezirk in den

vorhersten Reihen gestanden, ist plötzlich im jugendlichen Alter von 27 Jahren dahingerafft worden. Sein Geschick ist um so tragischer, da er mitten in der Arbeit für unsern Verband verstorben ist. Als er am 3. d. M. beim Ausbruch des Streiks in Schwelm mit noch einigen Kollegen zu einer nahegelegenen Ortschaft fuhr, stürzte er plötzlich tot von seinem Fahrrad. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

Michael Kalz war einer von jenen idealen Naturen, die keine Opfer und keine Arbeit scheuen, um unsere christliche Gewerkschaftsfrage vorwärts zu bringen. Er genoss das unbegrenzte Vertrauen aller Kollegen, die seinen vorzüglichen Charakter kennen und schätzen gelernt hatten. Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren.

Rundschau.

Ueber die Fortführung der Sozialpolitik führte auf dem christlich-sozialen Kongress Graf Pospolowitsch aus:

„Die Gegner der modernen Sozialpolitik sehen sich meines Erachtens mit den Grundlagen nicht nur des Christentums, sondern mit der Sittlichkeit aller gebildeter Völker in Widerspruch. So lange Menschen in engem nachbarschaftlichem Verband leben, würde die freiwillige Böhrtätigkeit ausreichen, um die Not der Armen und Schwachen, der im Kampfe des Lebens Verunglückten zu lindern. Gegenüber der wachsenden Bevölkerung, bei der Bildung großer gewaltiger Staaten, bei dem Zusammenfluß der Arbeiterheere an einzelnen, für Vertrieb und Industrie wichtigen Punkten dürfte aber weder das individuelle Wohltun genügen, noch die Armenpflege der einzelnen Gemeinden. Um den sozialen Schäden der Gegenwart zu steuern, hat darum nicht nur Deutschland, sondern nach ihm auch zahlreiche andere Kulturstaaten den Weg der sozialen Gesetzgebung beschritten, b. h. von Staats wegen die Hilfe festgelegt und begrenzt, die den auf dem Felde der Arbeit zu Schaden gekommenen Mitbürgern in jedem einzelnen Falle zu gewähren ist. Ich betrachte es als den höchsten Ruhmestitel unseres Vaterlandes, daß wir die eigentlichen Pioniere auf diesem neuen Bahnbau waren, und erinnere mich gerne des Wortes des früheren Präsidenten der französischen Republik, Douhet, der mir bei einem Empfange sagte, die deutsche soziale Gesetzgebung werde umwälzend auf die ganze Welt wirken. Unser Vaterland hat auch trotz der wiederholten Klagen über die Lasten unserer Sozialpolitik seit ihrem Beginn einen wirtschaftlichen Aufschwung zu verzeichnen wie kein anderer Staat Europas. Und wenn ich kürzlich gelesen habe, daß an den mäßigen finanziellen Verhältnissen die gegenwärtigen Ausgaben für unsere Sozialpolitik schuld seien, so ist das ein leicht nachzuweisendes Irrtum. Die Ausgaben für das Reichsversicherungsamt und der Zuschuß des Reiches für die Invalidenrenten betragen nach dem Vorschlag für das Jahr 1909 rund 53 1/2 Mill., bei einem Reichsetat, der in Einnahmen und Ausgaben mit rund 2865 Millionen abschließt. Wenn schließlich die Aufstellung sich geltend macht, daß nunmehr genug auf sozial-politischem Gebiete geschehen sei, so liegt darin eine Verkennung unserer wirtschaftlichen Entwicklung und ihrer sozialen Folgen. Die schnelle Volksvermehrung Deutschlands, das Zusammenströmen und Wachsen der Bevölkerung an einzelnen Brennpunkten von Handel und Industrie, die gesundheits-schädigenden Folgen gewisser Produktionsverfahren und die damit verbundenen Gefahren für unsere Volksgesundheit überhaupt stellen der Regierung und allen, die Verständnis für das Wesen der Sozialpolitik besitzen, neue Aufgaben. (Sehr richtig!) Die Gegner der Sozialpolitik sollten sich doch einmal fragen, welche Verhältnisse bei der fortschreitenden industriellen Entwicklung Deutschlands sich ohne die sozialpolitischen Verfügungen und Schutzgesetzgebung entwickeln würden. Wie ich gelegentlich im Reichstag einmal gesagt habe: Die Zeit der Sozialpolitik für abgeschlossen erklären zu können, hieße gleichzeitig den sittlichen und wirtschaftlichen Fortschritt unseres Volkes preisgeben. Eine verantwortliche Regierung wird solchen Auffassung in der Verwaltung, wie auch in der Gesetzgebung immer Rechnung tragen müssen.“

Frankfurt de la Croix f. Der Gewerbeverein der Heimarbeitenden Deutschlands hat einen schweren Verlust erlitten, Frankfurter de la Croix ist nicht mehr. Sie ist am 28. Mai in ein besseres Jenseits abberufen worden. Nach der Generalversammlung des Gewerbevereins, die Ostern d. J. stattfand, brach sie buchstäblich zusammen. Von ihr kann man sagen, daß sie sich für die Heimarbeitenden aufgeopfert hat. Ein edles und reines Frauengemüt, immer zuerst an andere, als an sich selbst denkend, begab sie einen echten gewerkschaftlichen Geist, so war sie, die Tochter aus einer Superintendentenfamilie, die Kränze, die an ihrem Grabe von armen Heimarbeitenden geweiht wurden, sie bewiesen uns, wie sehr diese an ihr hängen. Möge die Saat, die sie gesät, reiche Früchte tragen. Wir werden ihr ein gutes Andenken bewahren.

Sächs-Dauerische Agitationsarbeit im Saarrevier. Im vorigen Jahre haben die S.-D. Gewerbevereine für das Saarrevier einen eigenen Beamten angestellt, der das mögliche Agitationsgeschaffen auf dem ziemlich großen Teil der Gewerbevereine vornehmen soll. Und Herr Eden, so ist der Name des neuen Beamten, tut das in seiner Art. Er wendet sich in einem Rundschreiben an evangelische christliche Gewerkschaftler, wohlverstanden nur an evangelische, um sie für die S.-D. Gewerbevereine zu gewinnen. Das Schreiben lautet so:

Saarbrücken, 3. April.

Sehr geehrter Herr!

Bezugnehmend auf eine Aussprache mit Herrn Bedaux in Pöhlitz in St. Jürgensriede ist mir in gleicher Weise ein Ihre werthe Adresse überschrieben und postliches Material, wozu ich mir hiermit einige Entschuldigungen gestatte.

Es ist schon seit Jahrzehnten das Streben der Arbeiter, sich in Gewerbevereinen zu organisieren, zur Pflege und Hebung des Standesbewußtseins, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur gegenseitigen Unterstützung in allen Nothlagen des Lebens.

Besonders die liberalen Parteien haben sich um diese Bestrebungen große Verdienste erworben. (1) Die Gewährung des gesetzlichen Wahlrechtes ist eine durchgängig liberale Errungenschaft. Aber steht damit der heutige Bauhand nicht im richtigen Einklang?

Zunehmend liberale Arbeiter gehören überhaupt keiner, oder einer gelben Organisation an. In letzter Zeit bemühen sich besonders die sogenannten „christlichen“ und „freien“ Gewerkschaften, die Arbeiter in ihre Reihen zu ziehen. Das ist nicht nur der Ansicht der Bauarbeiter, sondern auch der Arbeiter

dieser Verbänden stehenden Parteien zuzuführen, deren „Kritikenschulen“ sie sind.

Die liberalen Arbeiter und deren Freunde dürfen das nie mals zugeben; wenn sie ihren Grundsatzen treu bleiben wollen. Andererseits ist es aber auch unmöglich, länger noch entgegen dem Zuge der Zeit ohne Organisation zu bleiben. Aus diesem Dilemma gibt nur ein Weg heraus, das ist die Stärkung der deutschen Gewerkschaften (S.-D. Dunder).

Diese Vereine stehen auf fortschrittlich freiheitlichem Boden, sind also den Liberalen freundlich gesinnt, trotzdem sie prinzipiell parteipolitisch neutral sind und jedem Arbeiter, der sich zu ihren Grundsatzen bekennt, den Beitritt ermöglichen. In der Agitation vermeiden die S.-D. Gewerbevereine den gefälligen Ton der anderen Verbände und arbeiten nur rein sachlich zugunsten ihrer Anhänger. — Die Unterstüßungsrichtungen sind als musterhaft anerkannt und im Verhältnis zu den Beiträgen von keiner anderen Organisation erreicht. — Was andere können Sie aus den belagerten Drucksachen erfahren, die ich Ihrer eingehenden Beachtung dringend empfehle. —

Nach alledem bin ich Ihres Interesses für die gute Sache gewiß und bitte Sie ebenso herzlich wie dringend, in Bekanntheitkreisen für die Idee der Gründung eines Vereins an Ihrem Wohnort zu wirken. Zu jeder Aufklärung bin ich gern bereit und bitte ich um weitere Mitteilung event. unter Benützung beiliegender Adressen.

Sehr gern würde ich auch persönlich mit Ihnen Rücksprache nehmen, oder in einer Versammlung oder Besprechung von Interessenten Vorträge halten; wenn ich rechtzeitig dahingehende Vorschläge erhalte. Für Ihre Bemühungen im voraus bestenfalls dankend und weitere Mitteilung erwartend, zeichne ich mich mit vorzüglicher Hochachtung

F. Eden,

Arbeiter-Sekretär.

Wir fürchten, Herr Eden wird mit diesem Schreiben wenig Glück haben. Zumal seine Freundschaft mit Herrn Pfeifer wird ihn wenig empfehlen, da dieser Herr nicht nur die christlichen Gewerkschaften aufs schärfste bekämpft, sondern auch ein Freund der „Gelben“ ist. Auf solche Freundschaft verzichten die christlichen Gewerkschaftler, Herr Eden zieht sich also am besten wieder in sein Schneckenhaus zurück. Auf die freundliche Gesinnung für die Liberalen, und trotzdem prinzipiell politisch neutral, gehen wir nicht ein, man merkt die Absicht und wird verstimmt.

Die hupierten Gelben. Eine eigenartige Ueberraschung ist den gelben Mitgliedern des Werksvereins der Maschinenfabrik in Augsburg zuteil geworden. Als Köber wurde feierlich bei der Gründung der gelben Gewerkschaft in Aussicht genommen, daß die Mitglieder einen dreitägigen Urlaub erhalten und dazu 12 M Entschädigung. Zu gleicher Zeit wurde auch eine Art Konsumverein errichtet und verlangt, daß die Mitglieder aus dem „sozialdemokratischen“ Konsumverein austreten sollten. Nachdem sich nun die gelbe Verkaufsstelle nicht rentierte, hat der Vorstand des Werksvereins den Beschluß gefaßt, den Urlaubszuschuß nicht in bar, sondern in Reichsmarkenscheinen auszubezahlen, die in der gelben Verkaufsstelle für verarbeitete Waren in Zahlung genommen werden. Ist die Entlohnung der hineingelegten „Gelben“ schon darüber groß, so wird sie noch deshalb eine größere, weil die Direktion auch noch in rigorosester Weise die Arbeitspreise reduziert und eifrig bestrebt ist, auch jede noch so geringe Vergünstigung der Arbeiter im Betriebe zu beseitigen. Es wird hier jeder so behandelt, wie er es verdient.

Die Aufgaben der sozialdemokratischen Partei. Die Unberücksichtigung praktischer Gewerkschaftsarbeit mit dem von der Partei abgewandten Bestreben, dieselbe genährten politischen und wirtschaftlichen Radikalismus beleuchtet einmal wieder ein sozialdemokratischer Gewerkschaftsbeamter in der neuesten Nummer (11) der „Sozialistischen Monatshefte“ in einem Artikel: Die Gewerkschaftsbeamten in der Partei. Er schreibt darüber u. a.:

Seine (Beamten-) Tätigkeit erfordert wesentlich andere Maximen, als sie heute von uns im politischen Kampf angewendet werden. Wenn er zum Beispiel das zum Ueberdruß immer wieder gefällte Verdammungsurteil über die Kompromisse für sich und seine Tätigkeit gelten ließe, dann könnte er diese getrost einstellen. Der Gewerkschaftsführer kommt eben nicht ohne Kompromiß aus. Er muß mit Organisationskompromisse schließen, mit denen er tagtäglich in heftigem Kampf liegt, muß sich mit ihnen zur Erreichung eines bestimmten Zweckes verbinden oder muß auf den Zweck verzichten. Er muß mit unsern direkten Gegnern Kompromisse schließen, wenn er nicht alles aufs Spiel setzen will. Dazu zwingt ihn die harte Notwendigkeit, Erfolge zu erzielen. So ist, wie Robert Schmidt einmal treffend sagte, unser ganzes Leben ein Kompromiß. Und hat es der Erreichung der Zwecke bisher etwas geschadet, daß wir Kompromisse schließen? Die Gewerkschaftsstatistik gibt die beste Antwort darauf. Was liegt nun aber näher, als unter demselben Gesichtswinkel auch den politischen Kampf zu beurteilen, der Meinung zu sein, daß auch hier durch taktische Bündnisse für einen bestimmten Zweck die Wucht der Aktion verstärkt würde? Diese Auffassung ergibt sich also aus der ganzen gewerkschaftlichen Tätigkeit, zumal man ja oft hören muß, daß für den Kampf der Arbeiterklasse einheitliche Grundsätze maßgebend sein müssen.

Gerade die in den letzten Sätzen geäußerten Ansichten des Gewerkschaftsbeamten sind es, die diese bei den radikalen Genossen, die in der Partei nicht wenig gelten, in den Verdacht des Revisionismus gebracht haben. Deshalb werden sie von ihnen, worüber sich der Artikelsschreiber bitter beklagt, auch so schlecht behandelt. Ein Geist feindlicher Hohnberührung wandelt durch unsere Reihen, so heißt es hier, also in einer Partei, die sonst die Brüderlichkeit als eine der vornehmsten Tugenden für sich in Anspruch genommen hat. Die Gewerkschaftsführer, die sich über die moralische Mißhandlung durch die eigenen Parteigenossen beklagen und hier den Prügelknaben spielen müssen, verdienen es nicht anders; sie haben ja dieses Verhältnisses gewollt!

Ueber den Bau- und Grundstücksmarkt Berlins teilt das Statistische Amt der Stadt Berlin in seinem Bericht über den Monat März mit: „Im Berichtsmonat sind 727 (im März 1908 704) Baugenehmigungen erteilt worden. Genehmigt wurden 135 (101) Neubauten, 55 (44) Umbauten von Wohngebäuden, 23 (25) Schuppen usw., 305 (395) sonstige Bauausführungen. Der Beschäftigten von Grundstücken betrug im März 150 (154). Auf Tag vor bei 61 (64) bebauten mit 60921 298 (17 422 825) M Kaufpreis und 19 (19) unbebauten mit 1 749 676 (1 670 531) M Kaufpreis. Preissteigerung bei 26 (23) bebauten mit 6 588 320 (4 156 241) M und — (—) unbebauten mit — (—) M Kaufpreis. Durch Vererbung gingen in anderen Besitz über 75 (47) mit 6 338 445 (8 631 218) M Wert und 9 (1) ohne

Wertangabe.“ — Interessant ist in diesen Angaben zunächst die Zunahme der Baugesuche. Wobaus ist es beachtenswert, daß durch freiwillige Veräußerung diesmal der Zahl nach weniger Grundstücke (61 gegen 64 i. V.) umgingen, daß deren Wert aber wesentlich höher war als im Vorjahre, nämlich sich auf beinahe 61 Millionen M belief (gegen nur 17,4 Millionen M im März 1908). Demnach sind diesmal größere Einzelobjekte als damals umgesetzt worden.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperert sind: Ludwigshafen (Zimmerer), Gasse i. W., die Gasse für Maurer und Bauhilfsarbeiter, Ullade (Sperre über das Geschäft des Unternehmers W e h e; derselbe weigert sich, den abgeschlossenen Vertrag umzusetzen). Eiteringen-Wendel (Bauhof), Sperre über den Unternehmer Jos. Kr a u s e aus Hainweiler (Lothr.), Pattersheim a. M. (Sperre über die Firma M i t t e r u. S o h n wegen Nichtbezahlung des tarifmäßigen Lohnes), P f a r z heim (Maurer und Bauhilfsarbeiter), Neustadt i. W. (Sperre über die Firmen P e t e r m a n n, W i o d und W e i g e r), Seim (Sperre über die Firma K o h l und W o r t m a n n), H l e n i, W e i s t, (Streik), Saarschleife und St. J u g e r t (Ansperrung), D i e r s e n, R h d., (Streik), Würzburg, N a c h e n (Streik der Stullenteure und Pfleisterser), G s c h w e i l e r (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter), G i a g, W i l l e r s e d und B u r g h e i m e r (Streik der Mau er und Bauhilfsarbeiter), in Neustadt (Westph.) ist gesperert die Firma H i n z und R e n z, C a r l s t e d t, W r a s e l, W i e d e n d r ü c k, S i e h l e, W e l b e r, W i n t e r s e i d e, S e i l g e n h a u s (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter). Bezug ist ferngehalten.

Bezirk Köln.

G s c h w e i l e r, 31. Mai. Infolge der schlechten Konjunktur im vorigen Jahre wurde der Tarifvertrag, welcher 47 Pf. für Maurer und 37 Pf. für Bauhilfsarbeiter vorsah, ohne Bohnerhöhung um ein Jahr vertraglich verlängert. Derselbe lief am 31. April ab. Die Konjunktur ließ Anfang d. J. zu wünschen übrig. Die Unternehmer traten an uns heran, um einen Tarif abzuschließen und luden unsere Lohnkommission zu Verhandlungen ein. Zu bemerken ist noch, daß die Unternehmer, trotzdem schon zweimal ein Tarifvertrag abgeschlossen wurde, bis heute keinen offiziellen Vertreter unseres Verbandes zugelassen haben. In den Verhandlungen erklärten sie, dieses Jahr keine Bohnerhöhung geben zu können. Unsere Kollegen verlangten aber eine solche, sowie auch daß einige mangelhafte Bestimmungen im Tarif verbessert würden. Da die Unternehmer auf ihrem Standpunkt beharrten, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Da die Konjunktur nicht günstig war, wurde vorläufig Abstand genommen von weiteren Schritten. Am 19. Mai beschloß eine Generalversammlung, wieder an die Unternehmer heranzutreten und sie zu Verhandlungen zu veranlassen. Diefelben lehnten ab, so daß den Kollegen nichts anderes übrig bleibt, als durch das letzte Mittel zu versuchen, ihre Lage zu verbessern. Mögen die Kollegen bedenken, daß von ihrem Verhalten in der jetzigen Situation die Gestaltung ihrer Zukunft abhängt. Einigkeit und Standhaftigkeit, gepaart mit Energie, müssen unsere Kollegen an den Tag legen. Die Unternehmer versuchen auswärtige Kräfte heranzuziehen, denen sie höhere Löhne zahlen, um damit unsere Bewegung zunichte zu machen. Besonders bemüht sich Herr J a e n s e n damit, und hat er auch einige gefunden, die zu seinen Diensten stehen. Diese Kollegen, welche unorganisiert sind und täglich 12 bis 13 Stunden arbeiten, erhalten 50 bis 55 Pf. Diese arbeiten dann für ihren lieben Better P o l s e r, der die Bauten im Astorb übernommen hat. Diese Kollegen sind aus der Hamburger Gegend, im Goldenen Grund. Es ist traurig, daß solche Berufs-Kollegen durch ihre Tätigkeit niederreißen, was andere, am Orte befindliche, Kollegen aufgebaut haben. Öffentlich lassen sich weitere Kollegen von dort nicht zu Beträtern gebrauchen und hierher locken. Kollegen, seid jetzt auf der Hut und stellt euren Mann, damit die Unternehmer gezwungen werden, uns ein anständiges Angebot zu machen und wir ein geordnetes und sicheres Tarifverhältnis bekommen. Allen fremden Kollegen rufen wir zu, G s c h w e i l e r zu meiden.

Bezirk Hannover.

H a m b u r g. Im Hamburger „Echo“ sowie in der letzten Nummer des „Grundstein“ veruchen die Genossen unserer Organisation wieder einmal Streikbruch anzuhängen. Die Betonarbeiter, welche fast alle im Zentralverband der Maurer organisiert sind, traten Anfang Mai in eine Lohnbewegung. Nachdem sich die Verhandlungen zerschlagen hatten, ging man zum Streik bei einzelnen Geschäften über. Bei der Firma M a r t i n S a c h s am Neubau „Bieberhaus“ waren neben 20 Freiorganisierten noch etwa 60 Maurer unseres Verbandes mit Puzen beschäftigt, auch sind eine Anzahl Gipser, Steinmehrer und Zimmerer, alle frei organisiert, dort tätig. Die Zimmerer machen meist Einstufungsarbeiten. Am 13. Mai hielten die streikenden Betonarbeiter eine Versammlung ab, zu welcher auch die bei der Firma S a u b s beschäftigten freiorganisierten Maurer eingeladen waren. Uns war keine Einladung zugegangen. In dieser Versammlung stellte man den Beschluß, bei der Firma S a c h s sämtliche Arbeiten einzustellen. Diefes teilte man unseren Kollegen in einem Brief mit, welcher in einer öffentlichen christlichen Gewerkschaftsversammlung den Kartellvorsitzenden übergeben wurde. Der Brief lautet wie folgt:

Hannburg, 13. Mai 1909.

An die bei der Firma S a c h s zurzeit beschäftigten, im christlichen Verband organisierten Maurer.

Werte Kollegen! Im Auftrage der bei der Firma S a c h s beschäftigten zentralorganisierten Betonarbeiter und Maurer teilt der Unterzeichnete euch mit, daß in der heute Abend stattgehabten Versammlung gegen eine Stimme beschlossen ist, auf allen Bauten der genannten Firma die Arbeit einzustellen. Die Versammelten sprechen den dringenden Wunsch aus: daß auch ihr euch diesem Vorhaben anschließen werdet und aus Solidarität für die Betonarbeiter die Arbeit einstellen werdet; denn ohne Solidarität der gelehrten Berufe ist eine Lohnbewegung der Betonarbeiter unmöglich durchzuführen.

Bemerken wollen wir, daß der Lohnschubverband der Betonarbeiter die angebotenen Verhandlungen abgelehnt hat, wir aber trotzdem zu jeder Zeit zu Verhandlungen bereit sind. Also nochmals, die Streikenden erwarten von euch dieselbe Solidarität, wie sie ihnen von den im Zentralverband der Maurer organisierten Kollegen entgegengebracht wird.

Zur mündlichen Besprechung jederzeit bereit; zeichnet

J. E. K. Hartwig, Vorsitzender der Streikleitung.

Man sollte wirklich nicht erwarten haben, daß die „Genossen“ in Hamburg glauben, die christlich organisierten Baugewerkschaftler lassen sich einfach von den Genossen beschließen vorlegen, und diese zu befolgen, ohne daß man mit ihnen vorher in Beratung getreten ist. Aber dieses nicht allein; wir haben festgestellt, daß man nur den Bau- und Bieberhaus gesperert hat, an welchem wir in Frage kamen. An allen anderen Bauten, wo die Betonarbeiter freitien, arbeiteten die Maurer an den Bauten der Firma S a c h s. Am Bieberhaus arbeiten ohnedies noch Gipser, Steinmehrer und Zimmerer. Letztere machen fast nur Einstufungsarbeiten. Wenn nun eine Unterstüßung der gelehrten Berufe notwendig ist, warum nimmt man nicht alle Berufe, und warum nicht alle Bauten in die Sperre? Auch muß man doch fragen,

schadet denn den streikenden Betonarbeitern die Bauarbeit mehr wie die Einzahlungen? Der „freie“ Zimmererverband hat aber eine Unterstützung der Betonarbeiter abgelehnt. Warum schimpft man diese nicht? Man muß für die Bewegung ein Karmel haben, und das sollen wir sein. Die Genossen werden sich mit der Tatsache abfinden müssen, daß auch in Hamburg die christliche Organisation eine selbständige ist, und wir auch hier kämpfen, bis man dieses anerkannt hat.

Zwiflingen. Nach mehrmaligen Verhandlungen kam es hier auf friedlichem Wege zum Abschluß eines Tarifvertrages. Der Vertrag sieht eine Erhöhung des Stundenlohnes um drei Pfennig vor und gilt bis zum Jahre 1911.

Sarum b. Hildesheim. Nach drei bzw. sechstägigem Streik haben wir mit den beiden hiesigen Unternehmern einen Vertrag abgeschlossen. Neben Regelung der Ueberstunden, Nacht- und Sonntagarbeiten, wurde eine Lohnerhöhung von zwei Pfennig erzielt.

Sarstedt b. Hannover. Am 1. Mai unterbreiteten wir gemeinschaftlich mit den freien Gewerkschaften den Unternehmern eine Lohnerhöhung um 5 Pf. pro Stunde. Die Unternehmer lehnten jedoch jedes Entgegenkommen ab. Am Mittwoch, den 2. d. M. legten infolge dessen die Bauarbeiter (alle freivergänstert) die Arbeit nieder. Hierdurch wurden die Maurer beider Organisationen mit in den Kampf gezogen. Die Konjunktur ist äußerst gut und sehen wir mit Zuversicht dem weiteren Gang der Bewegung entgegen. Eine große Anzahl Kollegen ist schon abgereist. Bezug ist fernzuhalten.

Bezirk Bochum.

Mhlen. Zwecks Abschluß eines neuen Tarifvertrages fand am 25. Mai cr. eine Verhandlung mit den hiesigen Bauunternehmern statt, die leider resultatlos verlief. Wir forderten einen Vertrag für zwei Jahre und eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde und Jahr. Die Unternehmer erklärten, nur einen Vertrag abzuschließen zu wollen, wenn wir mit der Einbeziehung der hiesigen Unternehmer in den allgemeinen Kollektivvertrag für Rheinland und Westfalen einverstanden wären. Auch bemerkten dieselben, daß eine Lohnerhöhung nicht statfinden dürfte. Zum Schluß erklärten unsere Vertreter, daß sie sich eventuell mit einer Einbeziehung in den allgemeinen Vertrag zufrieden geben und dieses unsern Kollegen empfehlen wollten; jedoch müßten sie dieses von einer angemessenen Lohnerhöhung abhängig machen. Als Gegenerklärung betonten die Unternehmer nochmals, daß sie den Stundenlohn nicht erhöhen könnten. Da am 29. Mai cr. die Kündigungsfrist bei der Firma Krämer verstrichen und keine Einigung erzielt war, legten, mit Ausnahme einiger Statistiker, die gesamten Maurer und Bauhilfsarbeiter bei der genannten Firma die Arbeit nieder. Wir bitten Bezug nach Mhlen streng fernhalten zu wollen.

Bezirk Paderborn.

Brakel (Dr. Höjer). Seit dem 1. Juni streiken die Maurer und Zimmerer. **Wiedenbrück.** Am 7. Juni stellten die Maurer bei der Firma Cuxtermann die Arbeit ein. **Stahle.** In Holzminnen sind die Maurer in Lohnbewegung getreten. Wegen Nichtbewilligung der Forderungen sind über einzelne Geschäfte Sperren verhängt. Bezug ist fernzuhalten aus den vorgenannten Orten.

Brakel. Die von uns eingereichte Lohnforderung wurde seitens der Arbeitgeber strikte abgelehnt. Die Arbeitgeber sind dem Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe im Herzogtum Braunschweig beigetreten. Einen Herrenstandpunkt nehmen die Arbeitgeber ein, welcher kaum glaublich ist. Trotzdem ein Tageslohn von 3,30 M bei 11stündiger Arbeitszeit gezahlt wird, schimpfen die Herren über die Begehrlichkeit der Arbeiter. Sie finden es unerhört, daß die Maurer und Zimmerer es wagen, höhere Lohnforderungen zu stellen. Ein vernünftig denkender Mensch wird aber nicht behaupten, daß 3,30 M Tagelohn und 11stündige Arbeitszeit glänzende Verhältnisse sind. Davon gänzlich zu schweigen, daß im Winter wenig oder gar nichts verdient wird. Da eine Einigung nicht erzielt wurde, wurde nach Ablauf der Kündigungsfrist am 1. Juni die Arbeit eingestellt. Die Arbeitgeber versuchen nun überall Leute heranzuziehen. Wer bei den Löhnen, wie oben, wird sich wohl kein Zimmerer und Maurer verleiht lassen, nach Brakel zu kommen. Bei dieser Gelegenheit kann man auch beobachten, daß die Polizei sehr aufmerksam ist. Die Aufmerksamkeit wäre aber an anderer Stelle viel besser angewandt, z. B. im Bauarbeitereschutz. Aber da sieht es schlecht aus, da wird sich anscheinend nicht darum gekümmert.

Wiedenbrück. Wie wir schon früher berichtet haben, ist unsere Lohnforderung seitens der Arbeitgeber abgelehnt worden. Mittlerweile wurden im Geschäft Cuxtermann zwei Kollegen gemahregelt. Hierauf wurde seitens der Kollegen die Kündigung eingereicht. Die Kündigung ist abgelaufen und es stehen seit Montag, den 7. Juni, die Kollegen im Streik. Arbeitslosigkeit ist genug vorhanden, und deshalb können die Kollegen leicht unterkommen. Deshalb, wer te Kollegen, steht einig da im gerechten Kampfe um die Besserstellung der wirtschaftlichen Lage. Ueberall in der gesamten Umgegend sind höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit. Es sind dieselben Verhältnisse im Wirtschaftsleben und deshalb ist es berechtigt, wenn in Wiedenbrück endlich einmal der Versuch gemacht wird, bessere Zustände zu schaffen; denn die Forderung: 45 Pf. Stundenlohn und 10stündige Arbeitszeit ist nicht zu hoch gegriffen. Aber, wie überall, so muß auch hier gekämpft werden; denn Herr Cuxtermann will keine Unterhandlungen, und die Organisation ist ihm ein Dorn im Auge.

Stahle. Die Maurer sind in Holzminnen in eine Lohnbewegung eingetreten. Die eingereichte Forderung gipfelt in einer Lohnerhöhung von 4 Pf. für 1909 und 3 Pf. für 1910 heißt den üblichen Bestimmungen. Verhandlungen endeten resultatlos. Deshalb wurde in einer gemeinsamen Versammlung beschlossen, mit Sperren vorzugehen. Da noch ein Teil unorganisirter Maurer vorhanden sind, so muß jetzt alles daran gesetzt werden, dieselben für unsere Organisation zu gewinnen. Deshalb frisch an die Arbeit zur Agitation!

Bezirk Saarbrücken.

Der Aussperrungsbeschluß des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe im Saargebiet ist in die Tat umgesetzt worden. Am 20. Mai wurden fast sämtliche Baubetriebe in Saarbrücken stillgelegt. Ueber 1000 Maurer und Bauhilfsarbeiter sind ausgesperrt. Die unersetzliche geforderte Lohnerhöhung betrug sechs Pfennig pro Stunde. Als diese eingereicht war, beschloß der Arbeitgeberverband in seiner Generalversammlung vom 1. Febr. d. J. für das Jahr 1909 mit den Gewerkschaften kein neuer Vertrag gefällig werden solle. Ebenfalls könne keine Lohnerhöhung eintreten. Bemerkenswert ist, daß der bisherige Tarifvertrag, welcher im Jahre 1906 vereinbart wurde und einen Stundenlohn von 52 Pf. vorsah, am 1. April d. J. abgelaufen war.

Am 19. Mai teilten wir dem Arbeitgeberverband mit, daß in unserer Versammlung beschlossen worden sei, nochmals mit den Unternehmern in Verbindung zu treten, um auf friedlichem Wege eine Verständigung über die Lohnfrage herbeizuführen. Das Antwortschreiben des Arbeitgeberverbandes hierauf lautete wie folgt:

Saarbrücken, 25. Mai 1909.

Herrn Ernst Beltum, Saarbrücken, Helmstr. 24.

Antwort auf das Schreiben vom 19. Mai cr.

In dem wir unser Schreiben vom 1. Februar ds. J. bekräftigen, teilen wir mit, daß sich unser Standpunkt nicht ge-

ändert hat. Ein Abwägen höherer Löhne auf das bauende Publikum ist nicht mehr möglich, und sobald rechtfertigen die Leistungen der großen Mehrzahl der Maurer nicht einmal die jetzigen Löhne; wenn diese trotzdem bei der allgemeinen schlechten Konjunktur weitergezahlt werden sollten, so geschieht dies nur für den Fall, daß friedliche Ketten herrschen, im anderen Falle werden wir eine Herabsetzung der Löhne in Erwägung ziehen.

Hochachtung

Der Vorstand,
F. A.

Der Vorsitzende
M. Schmidt.

Die,
Generalsekretär.

Nun würden seitens der Unternehmer alle nur denkbaren Behauptungen in den verschiedensten Tageszeitungen verbreitet, so u. a., daß die Löhne in den letzten Jahren um rund 50 Prozent gestiegen wären. Ferner solle Montags und Sonnabends eine Stunde weniger gearbeitet werden, die aber der Unternehmer bezahlen müßte; zu gegebener Zeit wäre eine kräftige Lohnherabsetzung erforderlich usw. Die Forderung einer Lohnerhöhung trotz offensichtlicher schlechter Leistungen ist auf fortwährende Aufwiegung und ewige Verheißung der Arbeiterschaft durch die Gewerkschaften zurückzuführen. Auf diese Weise versuchte man, die berechtigten Forderungen in der Defensive herabzusetzen, jedoch ohne Erfolg. Um nun bei den einzelnen Arbeitgebern die Forderungen durchzusetzen, wurde über sechs Baugeschäfte die Sperre verhängt. Die Antwort darauf wurde in einer Versammlung des Arbeitgeberverbandes, die am 28. Mai stattfand, gegeben. Es wurde folgender Beschluß gefaßt: „Die heutige, sehr stark besuchte Versammlung der Bauarbeitergewerkschaft in Saarbrücken, Böllingen und St. Ingbert beschließt nach eingehender Verhandlung: In Anbetracht der heute durch die Gewerkschaften über die Verbandsfirmen Fint, Gebr. Keller, Berger, Pütz und Burgemeister sowie Wittmann in St. Ingbert verhängten Maurer- und Bauhilfsarbeiter-Sperre werden am Sonnabend, den 29. Mai, abends, die Baugeschäftsbetriebe zunächst in Saarbrücken gänzlich stillgelegt und nicht eher wieder eröffnet, bis die Arbeitgebergewerkschaft dies besonders beschließt und Garantien dafür vorhanden sind, daß 1909 derartige Sperren nicht wieder möglich sind. Erforderlichen Falles soll eine Aussperrung der Bauarbeitergewerkschaft im ganzen Verbandsgebiet vorgenommen werden.“ Soweit sich nun jetzt die Sachlage beurteilen läßt, scheint die Aussperrung ein Schlag ins Wasser zu sein. Bis zum 4. Juni hatten bereits neun Baugeschäfte den neuen Vertrag mit 58 Pf. Stundenlohn unterzeichnet, davon 7 in Saarbrücken und 2 Unternehmer in St. Ingbert. Die Bautätigkeit ist ziemlich gut. Nach der aufgenommenen Baukastenstatistik befinden sich allein in Saarbrücken über 100 Neu- und Umbauten in Angriff.

Die Maurer sind mit wenigen Ausnahmen fast sämtlich organisiert.

Mit Bezug von außerhalb haben wir wenig zu rechnen. Die Stimmung unter den Streikenden und Aussperrten ist vorzüglich. Die Sympathie der Bürgerschaft ist auf unserer Seite. Galt die Opferwilligkeit und Disziplin so an, dann steht zu erwarten, daß schon nach kurzer Zeit die Bewegung mit einem Siege unserer Kollegen enden wird.

Am 26. Mai wurde in Homburg (Pfalz) ein Tarifvertrag für Maurer abgeschlossen. Derselbe hat Gültigkeit bis 1. April 1910. Der bisherige Stundenlohn betrug 45 und 46 Pf. Bis zum 15. Juli 1909 werden von jetzt ab 49 Pf. und vom 15. Juli 1909 bis 31. März 1910 50 Pf. pro Stunde gezahlt. Der Vertrag kam ohne Arbeitseinstellung zustande.

Bezirk Nürnberg.

Röhlingen. Am 3. Juni fanden Verhandlungen mit den Unternehmern statt, wobei eine Einigung nicht erzielt wurde. Die Unternehmer boten eine Lohnerhöhung für 1909 von 2 Pf. für 1910 nichts und für 1911 einen weiteren Pfennig an. Da aber der Lohn bis jetzt noch auf 35 Pf. für Maurer und 29 Pf. für Bauhilfsarbeiter steht, so konnten wir auf dieses Angebot nicht eingehen. Sehr bezeichnend ist, daß Herr Rübacher (die Seele der Unternehmer) seinen „bewährten“ Kumpel Maurern bereits einen Stundenlohn von 55 Pf. bezahlt. Da die Konjunktur eine gute zu werden verspricht, so werden wir wohl zur gegebenen Zeit noch ein anderes Wort reden müssen.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Bezirk Breslau.

Die vom 17. bis 31. Mai abgehaltenen Agitationsversammlungen waren durchweg gut besucht. Ueberall gab es neue Anregung und Aufmunterung zur Agitation; mögen jetzt auch die Kollegen das Versprochene halten und eifrig für unsere Sache tätig sein.

In Glatz wird den Arbeitgebern die Organisation unlieb. Sie gehen dazu über, unsere Vertrauensleute zu entlassen, andererseits treten sie an die Polizei heran, mit dem Verlangen, die Leute von der Organisation fernzuhalten. Hoffentlich wird der Herr Bauunternehmer Böse nicht noch böser werden. Die Arbeitgeber bekommen hier durch die sozialdemokratisch organisierten und durch die Fachabteilungen „Berliner“ Achtung den Rücken gestärkt. Dem Sozi, sowie Fachabteilung haben zu der Zeit, wo die Arbeitgeber die neue Arbeitsordnung mit Lohnabzug herausgaben, nichts unternommen, sie sind nicht in den Abwehrkampf eingetreten. Sie gehen also mit den Unternehmern Hand in Hand. Und dennoch gibt es Arbeiter, die mit ihnen mitlaufen. Unser Erfolg wird trotzdem nicht ausbleiben, wenn die Kollegen festhalten und für die notwendige Aufklärung sorgen, damit die Unternehmertölpel, Fachabteilung und Kote, dort verschwinden.

In Landeck haben die Arbeitgeber 2 Pf. pro Stunde zugelegt; die Kollegen wollten 3 Pf. pro Stunde haben. Da nach einem 14tägigen Streik unsere Kollegen (48 Mitglieder) bis auf einen in anderer Arbeit fanden (zu 35 bis 40 Pf. pro Stunde, in Landeck gab es nur 28, jetzt 30 Pfennig), so ist der Streik vertagt worden. Die Landecker Meister sind während, weil die besten Leute weg sind und sie sich mit den minderwertigen und einigen Streikbrechern durchschlagen müssen.

In Habelschwert drängen die Kollegen schon längere Zeit darnach, um auch dort die Lohnfrage zu regeln. Jedoch ist der günstige Moment noch nicht gekommen. Die Kollegen müssen die letzte Zeit noch zur rührigen Agitation ausnützen.

In Alt-Heide haben die roten Zimmerer nach eintägigem Streik bei der Firma Ernst die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. In Glatz, bei der Firma Preisler, wo fast nur rot organisierte arbeiten, auch die Polizei rot organisiert sind, soll die Firma mit den roten Kollegen ein Abkommen getroffen haben, wonach es so bleibt wie früher. Wissen dies die rot organisierten Maurer?

In Meinerz ist nicht die beste Konjunktur und daher wenig zu beachten. Durch die wilde Agitation der Fachabteilung ist ja auch kein Wunder. Straube, der Fachabteilungssekretär, füttert die Leute rein mit Dummheit.

In Münsterberg haben die Arbeitgeber einen Pfennig zugelegt. Die Zahlstelle schreitet gut voran; augenblicklich sind es 60 Mitglieder. Mögen alle nun fleißig agitieren und diesmal an der Sache festhalten, die Beiträge pünktlich zahlen und einig bleiben, dann wird es auch in Münsterberg besser werden.

In Strehlen betreiben die Genossen eine fanatische Agitation. Mit vier bis sechs Mann rücken sie Sonntags von Breslau zur Hausagitation an. Mehrere unserer Kollegen hat man schon umschreiben wollen. Mögen daher die Kollegen unersetzlich besonders auch in Töppendorf gut auf dem Posten sein, damit sich ihre Zahl bald verdoppelt.

In Kreuzburg lassen die Arbeitgeber seit kurzem nichts mehr von sich hören. Wir werden nach Aufnahme der Statistik sehen, was dort zu machen ist. Die Mitgliederzahl hat sich dort bereits verdoppelt, die wenigen, die der Organisation noch fernstehen, müssen noch bald gewonnen werden.

In Konradt haben die Arbeitgeber wieder, und zwar sehr in der Hochsaison, den Lohn reduziert. Es bleibt hier nichts anderes übrig, als in den Abwehrkampf einzutreten.

Die Ranslauer Arbeitgeber haben uns einen Vertrag zugesandt und zwar mit 2 Pf. Lohnzulage von 1910 ab. Die Gesellen wollen die Zulage schon in diesem Jahre. Hoffentlich wird da bald eine Einigung erzielt.

In Kempen i. B. schreitet die Zahlstelle gut voran und herrscht dort ein guter Geist und große Arbeitslust. Es wurden in kurzer Zeit über 40 Kollegen für den Verband gewonnen. So muß es sein! Ein Bravo den Kempenen Kollegen.

In Patschkau wurde eine neue Zahlstelle gegründet mit 40 Kollegen.

In Senftenberg (Lausitz) eine solche mit 20 Kollegen. Mögen die Kollegen eifrig agitieren, damit sich ihre Zahl bald verdoppelt. Bei der vorzunehmenden Hausagitation am 16. 5. und am 23. 5. wurden Kollegen gewonnen im Bezirk.

Stukkatoren.

Bochum. Wie sich die „Genossenschaftsstukkatoren“ von Bochum mal wieder blamiert haben, zeigt folgende Begebenheit: Am neuen Knappschaftsgebäude werden die Zug- und Stuckarbeiten von der Firma Boswau & Knauer ausgeführt. Die dort beschäftigten Kollegen sind fast ausschließlich Passauer, welche zum großen Teil im roten Verbande sind. Einige Bochumer „Genossen“ hatten sich auf die Arbeit geschickt und verlangten sofortige Einstellung. Da dieses nicht geschah, begann das sogenannte Kesseltreiben, es wurden eine Reihe Mißstände konstruiert, so unter anderem auch die Nichtinhaltung der Arbeitszeit. Am 23. April wurden die Vertreter, Gauleiter Schuppen und von uns Bezirksleiter Häuschen, bei den Polizern vorstellig. Die Polizei erklärte, daß sie vorläufig genug Leute hätten, falls weitere eingestellt würden, sollten die Einheimischen berücksichtigt werden. Die 1/2stündige Arbeitszeit solle eingehalten werden, nur wünsche man die Zeit statt von 6 1/2 bis 6 3/4 Uhr auf 7 bis 7 1/2 Uhr verlegt. Gauleiter Schuppen erklärte, daß hier kein Grund zur Sperre vorliege. Trobent bohrten einige Genossen weiter und haben es dann fertig gebracht, wie aus Nr. 20 des „Stukkatoren“ hervorgeht, daß beschlossen wurde, die Sperre zu verhängen. Aber „a r b e i t e r s c h l o s s e n“, in Wirklichkeit hat kein Mensch etwas von einer Sperre gemerkt. In der nächsten Versammlung, wo die bei Boswau & Knauer beschäftigten Kollegen anwesend waren, hat man beschließen müssen, alles zu widerrufen, und so sieht sich der „Stukkatoren“ in Nr. 22 genötigt, den Rückzug anzutreten. Jedenfalls ein jämmerliches Bild. Noch schädlicher nimmt sich die Sache aus, wenn man bedenkt, daß hier ein „Genosse“ gegen den anderen aus purem Brotneid Stellung nimmt, und das von solchen, die doch „Gleichheit und Brüderlichkeit“ als obersten Grundsatz auf ihren Schild erheben. Es ist aber nicht das erste Mal, daß man die zureichenden Kollegen, wie Passauer, Württemberger usw. als Mitglieder zweiter Klasse behandelt. So soll man in München im verfloffenen Winter den Beschluß gefaßt haben, daß bis zum 1. April d. J. nur einheimische und keine zureichenden Kollegen eingestellt werden dürfen. Diese Kollegen reisen doch jedenfalls nicht zum Vergnügen in die Fremde, sind vielmehr durch die Verhältnisse gezwungen, dort Arbeit zu nehmen, wo sich solche bietet. Wenn diese Kollegen nun von ihren Mitorganisierten in solch scholler Weise behandelt werden, so müßten sie doch bald zu der Einsicht kommen, daß ihre Interessenvertretung nicht in diesen Reihen zu suchen ist. Die Bochumer „Genossen“ hatten es vorgezogen, unserer Organisation von der Sperre usw. überhaupt keine Mitteilung zu machen. Jedenfalls war man sich darüber klar, daß die christliche Organisation einen derartigen Mißbrauch gegen die eigenen Kollegen, nicht mitmachen würde.

Aus ausländischen christlichen Gewerkschaften.

Die christlichen Gewerkschaften Hollands haben analog dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands einen „Christlich-nationalen Fachverband in Niederland“ gegründet und damit die notwendige Zusammenfassung der vereinzelt Gruppen praktisch durchgeführt. Die einschreitenden Schritte in dieser Frage waren vor einem halben Jahre bereits unternommen worden. Die damals gewählte vorbereitende Kommission hatte ihren Auftrag nunmehr erledigt, so daß eine definitive Beschlußfassung erfolgen konnte. Am 13. Mai cr. ist das Kartell nach Art des deutschen christlichen Gesamtverbandes zustande gekommen.

In der Gründungsitzung, die am genannten Tage in Arnheim abgehalten wurde, waren 9 Verbände mit zusammen rund 8000 Mitgliedern vertreten. Es sind dieses: Textilarbeiterverband „Unitas“ mit 2800 Mitgliedern, Bergarbeiterverband mit 2800 Mitgliedern, Typographenbund mit 700 Mitgliedern, Bund der Glasbläser mit 150 Mitgliedern, Verband der Bauhandwerker mit 400 Mitgliedern und ferner die Verbände der Handels- und Konfirmanden, der Hafenarbeiter und des Bäckers mit je 500 Mitgliedern.

An den Gesamtverband sollen pro Jahr und Mitglied 26 Cent gleich 24 Pf. von den angeschlossenen Verbänden abgeliefert werden. Die Gründung eines Zeitungsgremiums wurde beschloffen; dieses soll vorläufig monatlich erscheinen.

Die Tätigkeit des „Gesamtverbandes“ soll zunächst hauptsächlich auf die Zentralisation der angeschlossenen Kolaborationsaktionen, wie die Verbände der Hafenarbeiter, Buchdrucker, Bauhandwerker usw. gerichtet sein. Einstimmig wurde der Beschluß gefaßt, sich dem internationalen christlichen Gewerkschaftssekretariat (Sitz Köln, Palmstr. 14) anzuschließen.

Der Vorstand des Fachverbandes setzt sich wie folgt zusammen: H. Diemer-Rotterdam (Bäder) Vorsitzender, J. Stinus (Textilarbeiter) Schriftführer, H. Verbeek (Textilarbeiter) Kassierer, Smits-Amsterdam (Buchdrucker) 2. Vorsitzender, Chr. Helemans-Geerlen 2. Schriftführer, J. Quispel-Rotterdam (Hafenarbeiter) 2. Kassierer, L. Hutten-Riburg (Textilarbeiter) Revisor.

Möge der neue Fachverband in Niederland nur Glück und Erfolg in seiner Arbeit sehen und den angeschlossenen Organisationen eine starke Rückenstütze und kräftige Stütze werden.

Der **Christliche Textilarbeiterverband Österreichs** hielt am 31. Mai seine zweite Generalversammlung in Wien ab. Die Entwicklung dieses Verbandes befindet sich in ständig aufwärtsbewegender Linie. Zu Anfang 1907 waren es 6166 Mitglieder, Anfang 1908: 10.112 und 1. Januar 1909: 11.147 Mitglieder. Die Einnahmen in den beiden Jahren betragen 155.117 Kr. 21 S. An Streckunterstützung wurden vorausgibt 65.894 Kr. 27 S., an Arbeitslosenunterstützung 21.915 Kr. 17 S., an Krankenunterstützung 8856 Kr. 18 S., für Maßregelung 2440 Kr. 21 S. usw. Der Verband war in der Berichtperiode an 184 Lohnbewegungen beteiligt, die in 101 Fällen zu Streiks und Ausperrungen führten. Der Verband unterhält internationale Beziehungen mit Italien, Schweiz, Belgien und Deutschland, mit insgesamt 69.200 christlich organisierten Textilarbeitern. Der christliche Textilarbeiterverband Österreichs hat sich gut entwickelt und hat eine gute Zukunft vor sich. Unser Wunsch ginge dahin, daß auch die christlichen Bauarbeiter Österreichs auf dem gleichen Standpunkt bald anfangen möchten.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Ist ein Lohnstarif Kumpelstenerpflichtig? Mit dieser Frage mußte sich jetzt das Landgericht in Hannover als Berufungsinstanz beschäftigen. Vor einigen Monaten war im Steinsegerverbe in Hannover ein Streit entstanden, der schließlich mit der Vereinbarung eines Lohnstarifs endete. Der Tarif wurde von einer aus Arbeitgebern und Arbeitern zusammengesetzten Kommission abgeschlossen. Kurz nach dieser Regelung des Lohnstarifs erhielten sämtliche Mitglieder der in Betracht kommenden Lohnkommission von dem Staat Steuerbescheid. Die Arbeitgeber verzichteten auf das ihnen zustehende Einspruchsrecht und ließen die Steuerbescheide rechtskräftig werden, dagegen beantragten die Vertreter der Arbeiter richterliche Entscheidung. Das Schöffengericht als unterste Instanz hob die Steuerbescheide auf, soweit auf richterliche Entscheidung angetragen worden war und sprach die Angeklagten frei. Da die Staatsanwaltschaft gegen diese Entscheidung Widerspruch erhob, so mußte sich auch das Landgericht mit diesen Sachen befassen, es erfolgte aber wiederum ein Freispruch. Auch mit dieser Entscheidung will sich die Staatsanwaltschaft nicht zufriedengeben. Es soll deshalb noch ein Urteilsspruch des Kammergerichts in Berlin herbeigeführt werden.

Die Rechtspflege in Unfall- und in Invalidenversicherungsangelegenheiten. Wie stets in den vergangenen Jahren ist auch im Jahre 1908 die Zahl der berufungsinstanzigen Entscheidungen in der Unfallversicherung wiederum gestiegen. Im Vorjahre wurden von den Trägern der Unfallversicherung insgesamt 422.012 berufungsinstanzige Entscheidungen getroffen, davon entfielen 231.188 oder 54,8 Prozent auf die gewerbliche Unfallversicherung und 190.824 oder 45,2 Prozent auf die landwirtschaftliche Unfallversicherung. Die Zahl der Entscheidungen in der Unfallversicherung sind in den beiden letzten Jahrzehnten ganz bedeutend gestiegen. Es wurden Entscheidungen gefaßt: im Jahre 1889 49.268, im Jahre 1892 99.032, im Jahre 1896 160.872, im Jahre 1901 298.983, im Jahre 1906 406.097. Dabei zeigt sich, daß die Entscheidung der landwirtschaftlichen Unfallversicherung in viel größerer Maße zugenommen haben, als die Entscheidung in der gewerblichen Unfallversicherung. Der Anteil der landwirtschaftlichen Unfallversicherung an der Gesamtzahl der Entscheidungen stellte sich auf 13,7 Prozent im Jahre 1889, auf 29,7 Prozent im Jahre 1892, auf 41 Prozent im Jahre 1896, auf 49,1 Prozent im Jahre 1901 und auf 45,2 Prozent im vergangenen Jahre. Auch die Zahl der Berufungen ist bedeutend gestiegen. In Unfallversicherungsangelegenheiten wurde Berufung eingelegt im Jahre 1908 in 74.570 Fällen, im Jahre 1906 in 70.542 Fällen, im Jahre 1901 in 50.502 Fällen, im Jahre 1896 in 38.647 Fällen, im Jahre 1892 in 22.249 Fällen und im Jahre 1889 in 11.226 Fällen. Während dieses gesamten Zeitraums war bei den Berufungen der Anteil der landwirtschaftlichen Unfallversicherung gestiegen von 8,1 Prozent auf 32,2 Prozent. Außerdem sind im Jahre 1908 in der Unfallversicherung gegen 22.552 Schiedsgerichtsurteile Rekurse beim Reichsversicherungsamt anhängig gemacht worden.

In Invalidenversicherungssachen zeigt sich seit einigen Jahren die Tendenz eines Herabgehens der berufungsinstanzigen Entscheidungen. Dieses Sinken der Entscheidungen geht zurück bis auf das Jahr 1904, während vorher die Zahl der Entscheidungen fast ständig gestiegen war. Es wurden Entscheidungen in Invalidenversicherungsangelegenheiten gefaßt im Jahre 1903 207.414, im Jahre 1904 202.533, im Jahre 1906 181.249 und im vorigen Jahre 180.907. Von den im vergangenen Jahre gefaßten Entscheidungen fielen 168.094 auf Invalidenrenten und 12.813 auf Altersrenten. Berufungen sind im vorigen Jahre eingelegt worden: 26.942 in Invalidenrentenangelegenheiten und 545 in Altersrentenangelegenheiten. In der Revisionsinstanz vor dem Reichsgericht sind im Jahre 1908 6305 Revisionen anhängig gemacht worden, 5595 gingen aus von Beruferten, 710 von den Versicherungsanstalten. Nur 77 dieser Revisionen betrafen Altersrentenangelegenheiten.

Der **deutsche Verein für Schulgesundheitspflege** hielt am 1. und 2. Juni in Leipzig seine 10. Jahresversammlung ab, die Schulrat Dr. Wegmann-Hannover leitete. Vertreter der preussischen Regierung und des Kriegsministeriums gaben ihrer Sympathie für die Bestrebungen des Vereins Ausdruck. Ueber das erste Thema: „Schutz der Augen in Schule und Haus“ sprach vom medizinischen Standpunkt Professor Dr. West-Dresden. Die Gefahren für das kindliche Auge bestehen zunächst in der Anstrengung (Kontaktsversuche Gegenstände des Spiels), ferner in der Überbürdung des kindlichen Auges, wodurch Kurzsichtigkeit entsteht. Anhaltende Nachtarbeit ist meist die Ursache derselben. Daher muß zunächst die Nachtarbeit unter ungünstigen und unzureichenden Bedingungen beseitigt werden; dann aber ist die Nachtarbeit selbst auch einzuschränken. Als pädagogischer Referent forderte Lehrer Grammer-Dresden mögliche Zusammenlegung des wissenschaftlichen Unterrichts auf den Vormittag und Einführung eines zwanigstündigen Spielnachmittags; er gibt dann im einzelnen technische Maßnahmen an, durch die Augenkrankheiten vermieden werden sollen. Der militärische Referent, Hauptmann a. D. von Reiger-Dorhagen bei Berlin stellt fest, daß der Kurzsichtigkeit durch methodische Fernblickübungen vorgebeugt werden kann, und verlangt in der Schule Gymnastik des Auges; dem Deutschen Reich gegenüber jährlich wegen Augenfehler ca. 9000 Vaterlandsverteidiger. Der zweite Vortrag: „Rechtspflege und Bekämpfung der Rechtsunsicherheiten“ wurde von dem medizinischen Referenten Sanitätsrat Dr. Hirsch-Leipzig gehalten. Der Referent befaßt sich bei vorhandener Anlage Erkrankungen des Nervensystems und der Atmungsorgane; namentlich sind die Referenten diesen Erkrankungen in weit höherem Maße ausgesetzt, als die Lehrer. Referent gibt hierüber praktische Ratschläge zur Bekämpfung dieser Erkrankungen an. Der pädagogische Referent, Rektor Guderz-Mücheln, hält seine Rede über: „Die Zahl der Unterrichtsstunden soll nicht zu hoch sein, die Schülerzahl sollte auch in Volksschulen nicht über 20 in einer Klasse steigen; Schulmann und Schulleitung müssen den Forderungen der Hygiene entsprechen.“ Referent A. Dörries-Hannover fordert, daß der körperlichen Ausübung der Kinder während der Schul- und Ferienzeit größere Aufmerksamkeit gewidmet werde. Ein Referent glaubte die Befestigung des Soldats der Deserteuren fordern zu sollen. Am 2. Tage verhandelte die Schulartz-Vereinigung über: „Einheitliche Organisation des schulärztlichen Dienstes.“ Damit schloß die Versammlung. Die nächste Tagung findet in zwei Jahren in Dresden statt.

zeit größere Aufmerksamkeit gewidmet werde. Ein Referent glaubte die Befestigung des Soldats der Deserteuren fordern zu sollen. Am 2. Tage verhandelte die Schulartz-Vereinigung über: „Einheitliche Organisation des schulärztlichen Dienstes.“ Damit schloß die Versammlung. Die nächste Tagung findet in zwei Jahren in Dresden statt.

Von den Arbeitsstellen.

Dortmund. Am 27. Mai verunglückte unser Kollege Hubert Seeland am Neubau Neuer Graben (Unternehmer Steinwachs). Derselbe war als Steinträger dort beschäftigt. Als er mit einer Last Steine das Gerüst betrat, gab dasselbe nach und ging der Kollege mit voller Last zwei Etagen tief durch. Er mußte schwer verletzt ins Krankenhaus geschafft werden. Wenn das Gerüst vorschriftsmäßig gebaut gewesen wäre, hätte das Unglück nicht geschehen können. — Auf einem Neubau in der Lindemannstraße stolperte der Steinträger Bonolad über ein Brett und stürzte über die Giebelmauer auf ein Nachbargrundstück aus einer Höhe von neun Metern. Derselbe mußte schwer verletzt ins Hospital gebracht werden, wo der Arzt eine Rückenverletzung feststellte. Es sind in letzter Zeit mehrere Unfälle in Dortmund vorgekommen. Eine Baupolizei kennt man in Dortmund nicht. Es sind wohl in ganz Dortmund keine zehn Bauten, wo die Unfallverhütungsvorschriften Anwendung finden. Unsere Kollegen ermahnen wir, schärfte eure Gesundheit und euer Leben, und laßt den Ruf immer lauter ertönen nach Kontrollseuren aus den Reihen der Arbeiter.

Essen a. d. R. Am Neubau der Firma Schmidt, Essen W., Meißener Straße, verunglückte am Dienstag, den 1. Juni, der Kollege Ferdinand Höfer dadurch, daß beim Hüben im Treppenstiege ein Gerüstbruch trat. Der Kollege stürzte vom dritten Stockwerk bis in den Keller und hatte hierbei das Glück, soweit festgestellt, keine schweren Verletzungen zu erleiden. — Anders erging es dem Kollegen Karl Schwabach bei der Firma Steinhauer, Essen W., wo man mit dem Abbruch einer Mauer beschäftigt war. Der Kollege kam hierbei zu Falle und erlitt einen Armbruch. Der Kollege befindet sich im Hospitalkrankenhaus. Der vierte Unfall binnen einer Woche, desfalls Bericht!

Metz. Am 3. Juni verunglückten auf dem Neubau der städtischen höheren Mädchenschule im Stadterweiterungsgebiete zwei Maurer. Beim Anbringen des Dachgestüms lösten sich mehrere etwa 14 Zentner schwere Steine los und fielen 16 Meter tief hinab. Beim Fallen durchschlugen sie ein Gerüst, auf dem zwei Maurer arbeiteten und rissen diese mit in die Tiefe. Der eine Maurer starb nach etwa zehn Minuten an den erlittenen Verletzungen, der andere wurde schwer verletzt.

Literarisches.

Die Gewerkschaftsfrage in der evangelischen Arbeitervereinsbewegung befaßt sich ein 20 Seiten starkes Schriftchen, das im Verlag der Evangel. Geschäftsstelle für soziale Arbeit erschienen ist. Die Schrift ist ein Abriss aus dem Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1909 und hat einen seit langen Jahren in der evangelischen Arbeitervereins- und der christlichen Gewerkschaftsbewegung stehenden Arbeiterführer zum Verfasser. Es wird darin in frischer, anschaulicher Sprache eine Darstellung der oft recht heftigen Kämpfe um die Gewerkschaftsfrage innerhalb der evangelischen Arbeitervereine — nicht nur des Gesamtverbandes, sondern auch der außerhalb desselben stehenden Verbände (Bayer., Württemberg., Berliner Verband, Bochumer Arbeiterbund usw.) — gegeben. Eine solche zusammenfassende Abhandlung über diesen Gegenstand fehlte bisher. Man muß dem Verfasser daher dankbar sein, daß er sein Material — darunter verschiedene Zeitfestsätze, Resolutionen und Beschlüsse, die seither nur im Original vorhanden waren — weiteren Kreisen zugänglich gemacht hat. Wir empfehlen das Heftchen unseren Lesern aus wärmster. Der Preis beträgt für 1 Stück 20 Pf., 5 Stück 75 Pf., 10 Stück 1 M., 50 Stück 4 M., 100 Stück 6,50 M. Porto wird nicht berechnet. Bestellungen sind ausschließlich zu richten an die Evangelische Geschäftsstelle für soziale Arbeit in Essen-Muhr, Dreilindenstr. 55. Bei Bestellungen von weniger als 100 Exemplaren wolle man den Betrag gleich im voraus einsenden.

Pojadowsky als Sozialpolitiker. Der Berliner Kongress der christlich-nationalen Arbeiter (Oktober 1907) gab seinem Ausschuss den Auftrag, die Pojadowskysche Aera der deutschen Sozialpolitik durch eine sachmännische Feder darstellen zu lassen. Während der Amtsbauer Pojadowsky als Staatssekretär hielt dieser bekanntlich über die verschiedenen sozialpolitischen Materien hochbedeutungsvolle Reden, von deren Gründlichkeit und Sachkenntnis Pojadowsky in weiten Kreisen bewundert wurde. Diese Reden und Gedanken liegen in den Parlamentsakten vergraben, ohne daß weitere Kreise Anregungen und Nutzen aus ihnen ziehen können. Sie einer größeren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, erschien dem Ausschuss des deutschen Arbeiterkongresses in Gemeinschaft mit führenden Sozialpolitikern zweckdienlich und ratsam. Auch noch ein anderer Grund bestimmte die genannten Kreise zur Herausgabe einer Schrift über Pojadowsky. Seit der leidigen 12.000-Mark-Affäre konnte man in steigendem Maße beobachten, wie Staatssekretär Pojadowsky ehrlich zur Fortführung der deutschen Sozialreform bestrahlt war, und wie er sich dieserhalb im Lager der Scharfmacher die stärksten Anfeindungen zuzog. Dessen Einfluß war es schließlich auch hauptsächlich zuzuschreiben, daß aus den letzten Jahren der Pojadowskyschen Amtstätigkeit größere positive Leistungen auf dem Gebiete der gesellschaftlichen Sozialreform nicht mehr zu verzeichnen waren. Und ein Mann, der, nachdem er sich zur Anerkennung der Notwendigkeit der gesellschaftlichen Sozialreform durchgerungen, trotz aller Anfeindungen ehrlich für die unteren Volksklassen arbeitete, verdient von diesen auch vor der Geschichte geehrt zu werden. Aus den dargelegten Gründen ist die soeben erschienene Schrift*) zustande gekommen. Die Schrift, die lebendig geschrieben ist, führt in gedrängter Kürze die sozialpolitischen Strömungen der letzten Jahrzehnte vor Augen und klärt eine Anzahl Zusammenhänge auf, die seither, selbst sozialpolitischen Kreisen, fremd gewesen sein dürften. Sie verdient daher weiteste Verbreitung.

Reichsvereinsgesetz vom 19. April 1908. Für den praktischen Gebrauch in Vereinen und Versammlungen erläutert von einem Mitglied des Deutschen Reichstags. M. Glöckner 1909. 102 S. 8°. Volksvereins-Verlag, G. m. b. H. Preis 50 Pf. Gebunden. Inhaltsverzeichnis: Einleitung. Das Reichsvereinsgesetz vom 19. April 1908. Das Recht auf Vereins- und Versammlungsfreiheit. Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts. Der politische Verein. Pflichten des politischen Vereins. Von den Wahlkomitees. Anmeldepflicht der

*) Pojadowsky als Sozialpolitiker. Ein Beitrag zur Geschichte der Sozialpolitik des Deutschen Reiches. Im Auftrage des zweiten deutschen Arbeiterkongresses dargestellt von Dr. Leopold B. Wiese, Professor der Volkswirtschaftslehre an der Königl. Technischen Hochschule Hannover. Köln 1909. Christlicher Gewerkschafts-Verlag, Palmstr. 14. 189 Seiten. Geschmackvoll gebunden, Preis 4 M. Für Mitglieder unseres Verbandes 2 M., einschließlich Porto.

Versammlungen. Ausnahmen von der Anzeigepflicht der Versammlungen. Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel. Aufsätze auf öffentlichen Straßen oder Plätzen. Form der Genehmigung oder Ablehnung des Gesuches und Gründe für letztere. Das Recht der Jugendlichen im Reichsvereinsgesetz. Strafbestimmungen. Bekanntgabe der Mitgliederzahl. Verhältnis des Reichsvereinsgesetzes zum sonstigen Reichsrecht. Verhältnis des Vereinsgesetzes zum Bundesrecht. Anhang I, Plakatwesen, Druckblätter, Flugblätter. Anhang II, Bestimmungen der Reichsvereinsgesetz. Anhang III, Ausführungsbestimmungen. Anhang IV, Rechtsmittelbelehrung. Ein Schriftchen, im Außern recht ansprechend und handlich, belehrt über Begriffe und Art der Vereine und Versammlungen, über Anmeldepflicht und -form, über die Gründe, die eine Gesuchsablehnung von Seiten der Behörde rechtfertigen, über die Stellung der Jugendlichen zum Koalitionsrecht, über Strafbestimmungen und über das Verhältnis des Reichsvereinsgesetzes zum übrigen Reichs- und Bundesrecht. Vier Anhänge ergänzen und erklären die allgemein verständlich behandelte Materie. Praktisch am wertvollsten dürfte vielleicht Anhang IV sein, der als Rechtsmittelbelehrung gedacht an Beispielen darzut, wo und wie eine Klage oder Beschwerde anzubringen und zu verfassen ist.

Die Kriegsflotte, Staatsbürger-Bibliothek Heft 5, 1.—10. Laufend. M. Glöckner 1908. Verlag der Westdeutschen Arbeiter-Zeitung, G. m. b. H. 72 S. Preis 40 Pf., postfrei 45 Pf. — Inhalt: Vorbemerkung. Erster Abschnitt: Geschichtliches. § 1. Die Flotte im Altertum. § 2. Die Flotte im Mittelalter. § 3. Die Flotte in der Neuzeit. Zweiter Abschnitt: Die Notwendigkeit der Flotte. § 4. Schutz und Vertretung des Seehandels. § 5. Verteidigung der vaterländischen Küsten. § 6. Entwicklung des eigenen Offiziersmangels. § 7. Schutz der Kolonien. § 8. Nebenaufgabe der Flotte. Dritter Abschnitt: Die Entwicklung der deutschen Flotte. § 9. Die Anfänge der preussischen Flotte. § 10. Die deutsche Flotte von 1848—1873. § 11. Die preussische Flotte. § 12. Die Flotte des Norddeutschen Bundes. § 13. Die Flotte des Deutschen Reiches nach dem ersten Flottengründungsplan von 1873—1882. § 14. Das Zeitalter der Einzelbauten ohne festen Plan von 1883—1898. § 15. Das Flottengesetz von 1898. § 16. Das Flottengesetz von 1900. § 17. Das Flottengesetz von 1906. § 18. Das Flottengesetz von 1908. § 19. Die Ausgaben für die Flotte. § 20. Die Ausgaben der Großmächte für Heer und Flotte. Zweiter Abschnitt: Verfassungsrechtliche Verwaltungsbestimmungen. § 21. Die Kommandogewalt des Kaisers. § 22. Die Marineverwaltungsbefehle. § 23. Wehrpflicht, freiwilliger Eintritt. § 24. Das Offizierskorps.

Die gelben Gewerkschaften, von Max Roeder, Chefredakteur. Nach. Die demoralisierende Wirkung der gelben Gewerkschaften leuchtet ohne weiteres ein, wenn man bedenkt, in welcher Stellung die gelbe Gewerkschaft zu dem Arbeitgeber sich befindet. Ein Vertragsverhältnis, in welchem der eine der Kontrahenten das willkürliche Werkzeug des andern Kontrahenten ist, ist ein solches, von dem der Jurist sagen würde, es verstößt gegen die guten Sitten. Dabei wird dem Arbeitnehmer in der gelben Gewerkschaft jedes Gefühl von Freiheit und Selbstständigkeit und damit, das bedente man wohl, auch jedes Verantwortlichkeitsgefühl genommen. Dazu kommt der Umstand, daß die gelbe Gewerkschaft ein dem Arbeitnehmer gesetzlich garantiertes Recht, das Recht der Koalitionsfreiheit, illusorisch macht — gewiß genug der Beweis für die demoralisierende Wirkung der gelben Gewerkschaften.“ So sagt der Verfasser selbst in seiner kleinen Schrift, die im Tageskampfe gegen die „Gelben“ wertvolle Dienste tut. Preis pro Stück 10 Pf. im Verlage des Verfassers.

Die Portlandzementfabrik, ihr Bau und Betrieb. Von Heinrich Weibner, Zementtechniker und ehemaliger Leiter von Portlandzementfabriken. Berlin 1909. Verlag der Tonindustrie-Zeitung, G. m. b. H. 226 Seiten mit 27 Bildern im Text. Preis geb. 10 M. — Die deutsche Portlandzementindustrie hat in den letzten zwei Jahrzehnten einen großen Aufschwung erfahren, und es sind in diesem Zeitraum eine große Anzahl neuer Fabriken in allen Teilen des Vaterlandes entstanden, die den steigenden Bedarf an Portlandzement, dieses wichtigsten Werkstoffes der Gegenwart, decken sollten.

Bekanntmachungen.

Aufforderung. Die Kollegen Golücke und Feweßmeier werden hiermit ersucht, ihre Adresse an den Kollegen Johann Beck, Gelfentischen, Vereinsstr. 59, gelangen zu lassen, da ihre Klage gegen Senger (Gerne) erledigt (gewonnen) ist.

Wem der Aufenthalt der Maurer Gustav Siedentrop, Karl Pöschel, Karl Pöschel (geb. Bochum) und Karl Dietrich bekannt ist, möge deren genaue Adresse umgehend an die Redaktion der „Baugewerkschaft“ senden.

Als verloren wird gemeldet die Buch-Nr. 54 534, lautend auf Anton Ramhilo von der Zahlstelle Friedersdorf.

Storbekriefe.

- Am 6. Mai starb unser langjähriges treues Mitglied **Franz Steindl** (Maurer) plötzlich an einem Lungen Schlag. Verwaltungsstelle Wismar.
- Am 27. Mai starb der Kollege **Josef Göbcke** an Lungenschwindsucht im Alter von 62 Jahren.
- Am 1. Juni starb der Kollege **Credeuz Rumpf** an Magenkrebs im Alter von 64 Jahren. Verwaltungsstelle Hannover.
- Am 28. Mai starb unser Mitglied, der Maurer **Aug. Hoffmann** im Alter von 57 Jahren an Typhus. Verwaltungsstelle Königsberg.
- Am 31. Mai starb unser Kollege **August Pfeifer** an Lungenleiden im Alter von 44 Jahren. Zahlstelle Köln-Eilt.
- Am 31. Mai starb unser Mitglied **Petrus Roster** im Alter von 20 Jahren an Lungenentzündung. Verwaltungsstelle Gladbeck.

Ehre ihrem Andenken!

Wichtig! Verwaltungsstelle Ouderstadt. Sonntag, den 13. Juni, nachmittags 3 Uhr, findet im Vereinslokale Rivoli zu Ouderstadt eine Versammlung für sämtliche Kollegen (nicht bloß der Verwaltungsstelle, sondern des ganzen Kreises Ouderstadt) statt. (2,70) Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu dieser Versammlung zu erscheinen und die Indifferenten mitzubringen. Referent: Kollege Zumh. o. d. Hannover. Der Vorstand.